

# Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Amtsblatt für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johann-georgenstadt, Köhnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Telegraphisch-Korrespondenz  
Dollfuß und Schneberg.

Verlagsdruckerei:  
Schneeberg 18.  
Kass. 21.  
Schneeberg 19

Nr. 292

Sonnabend, 16. Dezember 1905.

58. Jahrg.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Berlin, 14. Dezember. **Reichstag.** Das Handelsprovisorium mit England und der Handelsvertrag mit Bulgarien wurden heute endlich erledigt, nicht ohne daß noch einige Abgeordnete die Rednertribüne bestiegen hätten. Die Weiterberatung des Etats eröffnete Graf Stolberg-Wernigerode als zweiter Redner der Konservativen mit einer Rede, die sich hauptsächlich gegen den Grafen Pobadowitz richtete. Uebertriebener Luxus sei eine vereinzelte, bei dem Großgrundbesitzern Ostpreußens eine fast unbekannte Erscheinung. Der notorische Opferfreudigkeit der bestehenden Klassen stehe der Idealismus unserer Kolonialkämpfer würdig zur Seite.

Der erste Staatsredner der Sozialdemokraten hatte Befehl gegeben, der zweite, der heute zum Worte kam, und zwar für 2 1/2 Stunden, sich Bebel. Kein Wunder, daß, wenn er erklärte, er habe mit seiner neuartigen Rede der deutschen Nation mehr genutzt, als der Reichstagskanzler mit der seinen, er sie nun noch einmal hielt, auf jeden Zwischenruf eingehend, sich nach und nach in die übliche Wut redend, immer lauter, immer heftiger schreiend. Die auswärtige Politik wurde auch wieder eingehend kritisiert: Das Söldnerheer gegenüber Frankreich und England stimme nicht zu der Rücksicht gegenüber Rußland und der Türkei. Während allemal schließten einige Abgeordnete faßt in den Ekstas des Saales.

Der Reichstagskanzler, der bald nach Beginn der Bebel'schen Rede gekommen war, ergriff das Wort und fuhr scharfes Geschrei auf gegen die „Verleumdungskampagne der Sozialdemokratie“, die stetig Mißtrauen zwischen Deutschland und England säe. Fürst Bismarck führte aus: Der Vortrager erklärte, die Sozialdemokratie wüßte die besten Beziehungen zu England. Warum ist denn die Sozialdemokratie fortgesetzt bestrebt, gerade in England Mißtrauen gegen uns zu erregen? Daß wir gegen England keine aggressiven Pläne verfolgen, habe ich hundertmal gesagt. Ich habe hundertmal gesagt, daß es unstatig ist, uns solche Pläne unterzuschleichen. Das sozialdemokratische Blatt „Vorwärts“ brachte am 12. August, gerade in dem Augenblicke, wo der Besuch der englischen Flotte in der Ostsee weniger bei uns, als an unserer Grenze Erregung hervorgerufen hatte, einen Artikel, worin es hieß, am Ausgange des vorigen Jahres sei Deutschland im Begriff gewesen, England den Krieg zu erklären. Das ist eine Lüge. (Hört! hört! rechts.) Weiter hieß es in dem Artikel, die Flotte sei damals mobil gemacht worden. Das ist Unsinn. Wir haben nie mobil gemacht. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß man in England genau hierüber unterrichtet ist, nur darüber ist man sich im unklaren, welche geheimnisvollen Vorkommnisse die Kritik nahegerückt haben. Leute, die sich für informirt ausgaben, sprachen seit Wochen davon, daß die Ursache in einem schweren Zusammenstoß zwischen Kaiser Wilhelm und König Edward zu suchen sei. Das ist eine blödsinnige Lüge. (Große anhaltende Heiterkeit.) Es ist ferner unwahr, daß wir uns jemals mit aggressiven Plänen getragen haben, und es ist unwahr, daß wir jemals im Begriff standen, England den Krieg zu erklären. Es ist unwahr, daß im vergangenen Winter mobil gemacht werden sollte, und es ist unwahr, daß wir England in irgend einer Weise gereizt oder provoziert hätten. Der Reichstagskanzler beendigte seine eindrucksvollen podestischen Ausführungen, die vielfach von stürmischen Zustimmungsbewegungen unterbrochen wurden, mit der nachdrücklichen und wiederholten Warnung an die Sozialdemokratie, in Deutschland nicht von Worten zu Taten überzugehen und bei uns keinen Sturm auf die Bastille zu unternehmen, da das den Leuten schlecht bekommen werde.

Wildenfels, 14. Dezember. Die Stadtverordnetenwahlen in der 3. Abteilung ergaben einen völligen Sieg der bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokraten.

### Norwegen.

Christiania, 14. Dezember. Aftenposten meldet, daß die Regierung die Krönung des Königs auf den 24. Juni 1906 festgesetzt habe.

### Frankreich.

Das französische Selbstbuch über Marokko wurde gestern in der Pariser Kammer verteilt. Besonders Interesse erregt darin die Darstellung des Verhaltens der Geschäftsträger Frankreichs und besonders Deutschlands, welche die durch Delcassé geschaffene Sachlage sehr rasch erkannten. Die Schilderung der viel zitierten Unterredung Delcassés mit dem Fürsten Radolzin, in der nach französischer Behauptung die deutsche Regierung von dem Abschluß des englisch-französischen Marokkovertrages durch den Minister des Reiches hinreichend in Kenntnis gesetzt worden sei, beweist ferner, daß die Auffassung der deutschen

Regierung über das Verhalten der französischen in dieser Beziehung durchaus gerechtfertigt ist.

Aus Paris, 14. Dezember wird berichtet: Zwei Diplomaten, deren Namen während der marokkanischen Wirren bisher wenig genannt wurden, erhalten im Selbstbuche einen sehr hervorragenden Platz. Laßlichlich waren es die Geschäftsträger Frankreichs und Deutschlands in Tanger, Cherifet und Kullmann, welche zuerst völlig klar die durch Delcassé geschaffene Lage überblickten. Delcassé war durch Cherifets Bericht über Kullmanns scharfe Sprache aufs höchste erregt, er hoffte immer noch, daß Kullmann nicht ermächtigt gewesen sei, sich in solchen energetischen Tönen auszudrücken. In dieser Stimmung betrat Delcassé das Palais der deutschen Botschaft, um der Diner-Invitation Radolzins zu folgen. Das Selbstbuch enthält keine unbekante Einzelheiten über die von Delcassé mit den Worten: „Erinnern Sie sich unseres Gesprächs vom Herbst des Vorjahres“ eingeleitete Unterhaltung. Neu ist aber der Bericht über die darauf folgende Konversation des Botschafters Bihourd mit Wählberg im Berliner Auswärtigen Amte. Wählberg betonte, daß Delcassé nicht aus freien Stücken dem Botschafter Radolzin im Herbst 1904 von dem englisch-französischen Vertrage Mitteilungen machte, sondern daß Radolzin sogenannte indiscrete Fragen stellte, welche Delcassé notgedrungen beantworten, das heißt, das von Radolzin anderweitig in Erfahrung gebracht bestätigten mußte. Was seitdem für die Konferenz von Algieras, ist im Selbstbuch mit bezeichnender Kürze behandelt. Der Gesamtindruck ist, daß die französische Diplomatie bemüht ist, ihre bona-fides nachzuweisen ohne Delcassé vollständig zu opfern.

### Rußland.

Petersburg, 14. Dezember. Der Reichsrat hat heute dem Gesetze, betreffend die Ausstände, zugestimmt. Von den telegraphischen Verbindungen Petersburgs arbeiten heute nur die Linien Moskau, Reval, Kiew, Pflom, Romgorod, Archangels, Narwa. Die Verwaltungsgebäude der Telegraphie sind militärisch besetzt. In der Postverwaltung ist der Zustand erheblich schwächer geworden; heute arbeiten alle Sektoren. Der Postverkehr nach dem Süden ist noch nicht im Betriebe.

Petersburg, 14. Dezember. (Ueber Eydtkuhnen.) Die Petersburger Telegaphenagentur meldet: Der Ministerat beendigte heute die Beratungen über das Gesetz, betreffend die Aktiendevote. Die Vereine können nach dem von dem Ministerat beschlossenen Gesetz fortan nur noch im gerichtlichen Verfahren, aber nicht mehr wie bisher auf administrativem Wege durch den Minister des Innern, die Gouverneure, Polizei vsm. aufgelöst oder geschlossen werden. Das Gesetz hat zunächst einen provisorischen Charakter und wird in der nächsten Woche zugleich mit dem allgemeinen Gesetz über das Vereinsrecht zur Veröffentlichung gelangen.

Petersburg, 14. Dezember. (Ueber Eydtkuhnen.) Wie amtlich bekannt gegeben wird, entbehrt die Blättermeldung, wonach die Uebersiedelung des kaiserlichen Hoflagers für den 19. Dezember nach Moskau in Aussicht genommen sei, jedweder Begründung. Für die nächste Zeit beabsichtigt der kaiserliche Hof überhaupt nicht, Jarosloje-Szelo zu verlassen.

### Sächsischer Landtag.

28. öffentl. Sitzung der Zweiten Kammer.

Dresden, 14. Dezember, vorm. 10 Uhr.

Die heutige Sitzung steht wieder unter dem Zeichen eines großen Tages. Schon lange vor Beginn derselben sind die Tribünen von einer erwartungsvollen Menge dicht besetzt. Am Regierungstische haben sämtliche Staatsminister Platz genommen.

Sekretär Ahnert verliest die vom Abg. Goldstein eingebrachte Interpellation über das Vorgehen der Polizeiorgane am 3. Dezember in Chemnitz und Dresden und über die Stellung der Regierung zur Wahlrechtsreform.

Abg. Goldstein begründete die Interpellation: Ich gab eine Schilderung der Vorgänge vom 3. Dezember und ihrer Veranlassung, und erging sich in einer scharfen Kritik des Vorgehens der Polizei. Im Verlaufe seiner Ausführungen gab er zu, daß die Behörden formell allerdings im Rechte gewesen seien, daß es aber fraglich sei, ob man mit diesem Rechtsstandpunkte, einer spontanen Bewegung gegenüber — denn eine solche habe man vor sich — ausreichen werde. An den Demonstrationen hätten 80 Proz. der durch das jetzige Wahlrecht benachteiligten Bürger teilgenommen und hätten öffentlich dagegen protestiert. Diesem Proteste schloße sich auch ein großer Teil der nicht sozialdemokratischen Bürgerschaft an; man habe demonstriert, weil die gesetzlichen Mittel sich als wirkungslos erwiesen hätten. Der Redner verstieg sich zu der Aeußerung, man lebe in Sachsen in keinem Rechtsstaate mehr, „das Recht sei gebrochen“ worden, welcher Ausdruck von dem Präsidenten ge-

rügt wurde (mit dem Bemerkten, daß das Wahlgesetz auf verfassungsmäßigem Wege zustande gekommen sei). Goldstein sagte weiter, seine Partei müsse jedes Wahlrecht ablehnen, das nicht das allgemeine gleiche direkte geheime Wahlrecht sei, aber sie werde sich auch mit einem solchen abfinden, das ihr einen angemessenen Einfluß gewähre. Hierauf gab Se. Excellenz der Herr Staatsminister v. Meyß nachstehende Erklärung ab:

Ich habe namens der Regierung gegenüber der in dieser Interpellation zuerst gestellten Frage Folgendes zu erwidern: Die Königl. Staatsregierung bedauert, daß es bei den Wahlrechtsänderungen in Dresden und Chemnitz am 3. Dezember zu polizeilichem Einschreiten hat kommen müssen. Die Polizeibehörden durften aber diese Handlungen auf der Strafe unter allen Umständen nicht dulden und waren zum Einschreiten geradezu verpflichtet; denn diese Straßendemonstrationen stellen sich als gegenwärtige Handlungen dar. Sie sind als den Verkehr störend nach dem örtlichen Polizeiregulativ strafbar. Hierzu kommt, daß in Dresden und dessen Umgebung während der Tagung der Stände nach § 15 des Vereinsgesetzes Versammlungen unter freiem Himmel überhaupt nicht stattfinden dürfen. Nach den vorliegenden amtlichen Berichten sind die Polizeibehörden über das zur Unterdrückung der gegenwärtigen Vorgänge Notwendige nicht hinausgegangen und haben ihre Befugnisse nirgends überschritten. In Chemnitz ist von der Waffe keinerlei Gebrauch gemacht worden. In Dresden ist es zwar bei den Bemühungen der Gendarmerie, die Demonstrationszüge von ihren Plätzen abzuhängen, zu harten Zusammenstößen gekommen und ist auch von der Waffe Gebrauch gemacht worden. Die Gendarmen waren selbst abgedrängt oder unter Drohungen tätlich angegriffen worden. Die Verletzungen sind nur leichte gewesen. Die Regierung ist nicht gewillt, solchem Einschreiten der Polizei entgegenzutreten. Sie hat vielmehr die bisher zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ergriffenen Maßnahmen durchaus gutzuheißen und wird auch ihrerseits verhindern, daß es zu einer Wiederholung derartiger Geschehnisse kommt. (Abgest. Bravo, Bewegung auf den Tribünen. Der Präsident ersucht das Publikum, sich jeder Aeußerung zu enthalten.)

Die Wahlrechtsreform betreffend habe ich namens der sächsischen Staatsregierung Folgendes zu erklären: Geht über dieser Frage ist zunächst auf die bei der Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bir und Günther in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 27. November, sowie auf die in der Sitzung vom 12. dieses Monats gegenüber dem Abg. Behrens im Namen der Regierung abgegebenen Erklärungen zu verweisen und zu bemerken, daß die Regierung den dort in Ansehung der Wahlrechtsfrage geltend gemachten Standpunkt auch weiter vertritt. Es ist aber gleichzeitig zu erwähnen, daß die Regierung die dem gegenwärtig in Geltung befindlichen Wahlrecht anhaftenden Mängel anerkennt und daß sie auf Maßnahmen, wie die Abstellung dieser Mängel gesehen kann, nach wie vor Bedacht nimmt. Daß die Regierung es ablehnt, in dieser Richtung wieder die Initiative zu ergreifen, ist von ihr nicht ausgedrückt worden. Im Gegenteil wird die Regierung in Uebereinstimmung mit ihren letzten Erklärungen die gesetzgeberische Behandlung der Frage auch unerwartet besonderer Anregung von neuem aufnehmen, sobald sie hierzu einen gangbaren Weg gefunden zu haben glaubt. Vor allem aber muß die Regierung jedes positive Vorgehen in Rücksicht auf die Wahlrechtsänderung solange ablehnen, als die Gemindertheit gewisser Kreise, die Aenderung des Wahlrechts in ihrem Sinne auf dem Wege einer Demonstration herbeiführen, noch weiter in Erscheinung tritt. Die Regierung und ebenso die sonst bei der Gesetzgebung beteiligten Faktoren können sich nun und nimmermehr die Aenderung eines zu Recht bestehenden Gesetzes durch Androhung von Gewaltmaßnahmen abringen lassen.

Abg. Günther beantragte Besprechung der Interpellation und erhielt sofort das Wort. Er wandte sich, was die Demonstration betraf, entschieden gegen die Ausführungen Goldsteins. Durch Straßendemonstrationen ändere man Gesetze nicht, man fördere damit nur reaktionäre Absichten. Auf der anderen Seite scheine die Polizei doch etwas zu weit gegangen zu sein. Schließlich wandte sich der Redner gegen die kontervaive Weisheit der Kammer und betonte am Schlusse, der Abg. Goldstein habe insofern recht, wenn er sage, daß auch das Bürgertum ein anderes Wahlrecht wüßte, er habe aber nicht recht, wenn er annähme, daß das Bürgertum mit der Agitationsweise der Sozialdemokratie sympathisiere. Hierauf nahm Se. Excellenz der Hr. Staatsminister v. Meyß abermals das Wort zu einer Entgegnung.

Alsdann verlas der Abgeordnete Dr. Schill eine Erklärung der konservativen und nationalliberalen Partei, in der sie